

Linke Regierungen und Bürgerbeteiligung in Mexiko-Stadt, Stadtbezirk Tlapan, 2001-2003

Gilberto López y Rivas¹

Gegenwärtig können in Mexiko vier linke Strömungen oder Richtungen ausgemacht werden.

1. Eine in Parteien organisierte Linke, die bevorzugt über Wahlen agiert, Teil des politischen Systems ist und innerhalb des institutionellen Rahmens handelt. Diese Linke ist im Fall der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) folgendermaßen zusammen gesetzt: eine sozialistische Strömung; eine andere, die wir als ihre sozialen Quell definieren könnten (städtisch, Volksschichten, Campesinos); und eine dritte, die sich aus der Abspaltung von Gruppen und Einzelfiguren der Revolutionären Institutionellen Partei (PRI) speist. Im Parteienbereich sind hier weitere Formationen auszumachen wie die Partei der Arbeit (PT) und Gruppierungen, die ihre gesetzliche Registrierung suchen, um den institutionalisierten Parteienweg einzuschlagen.
2. Die Linke, die sich um die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) gesammelt und organisiert hat. Vereint mit anderen sich auf das ganze Land beziehenden Forderungen, die sich auf die Demokratie und die Anliegen der breiten Schichten beziehen, hat sie die uralte Indígenafrage in den Mittelpunkt der nationalen Tagesordnung gestellt. Diese Bewegung erschütterte das politische System Mexikos, ohne Teil desselben zu sein. Gleichzeitig sensibilisierte sie und bewirkte eine solidarische Reaktion in der Zivilgesellschaft, die die Fortführung des Krieges im Januar 1994 verhinderte.
3. Eine orthodoxe marxistische Linke, die für den bewaffneten Kampf als Weg der politischen Machteroberung eintritt, obwohl sie ihn nicht systematisch verfolgt. Es handelt sich um eine Bewegung mit zahlreichen Verzweigungen, gewisser regionaler gesellschaftlicher Unterstützung und auf einige geographische Landeszone beschränkt. Zwar wird von mehr als einem Dutzend bewaffneter Gruppierungen gesprochen, doch ragen darunter das Revolutionäre Volksheer (EPR) und eine seiner Abspaltungen, das Revolutionäre Heer des Aufständischen Volkes (ERPI) hervor.
4. Eine soziale, inorganische und unterschiedliche Linke, die jedoch starke Präsenz in der Zivilgesellschaft und intellektuellen Kreisen aufweist. Sie drückt sich in verschiedensten Formen aus. Manchmal im Kontext von Bewegungen, die aufgrund spezieller Forderungen entstehen, und manchmal in einem beständigeren Kontext durch Nicht-Regierungsorganisationen, die zu Förderung und Verteidigung der Menschenrechte, Umwelt- und Genderthemen, usw. arbeiten.

Probleme der Linksparteien

Wenn ich die in Parteien versammelte mexikanische Linke analysiere, identifiziere ich mindestens fünf Probleme, denen sich die aktiven Mitglieder stellen müssen, wenn sie engagiert am Prozess eines effektiven demokratischen Übergangs teilnehmen wollen.

1.- Sehr schwache Bande mit politischen und sozialen Bewegungen. Führen wir uns kurz die Ereignisse vor Augen, die auf die eine oder andere Weise wichtigen politischen Widerhall im Landesgeschehen von 2000 bis jetzt (2005) erzeugten, dann zeigt sich die fehlende Verbindung der linken Parteien zu diesen Ereignissen, spürbar besonders bei der Partei der Demokratischen Revolution. So ist Präsenz und Einfluss der Linksparteien in der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung gering. Ein weiteres Beispiel sind die Vorgänge im Rahmen des versuchten Flughafenneubaus für Mexiko-Stadt, in Texcoco, Bundesstaat Mexiko. Während dieses Prozesses war die Präsenz der PRD nicht nur irrelevant, sie war minimal. Ganz zu schweigen von Gleichgültigkeit und widersprüchlichem Verhalten der sich als links bezeichnenden Parteien, als es

um die Gestaltung indigener Autonomievorstellungen und die Reformen in der Indígenafrage ging². Die mexikanische Parteienlinke hat noch nicht einmal eine hervorgehobene Stellung bei der reinen Diskussion folgender für das demokratische Leben des Landes so wichtiger Angelegenheiten gehabt: Reform und Umstrukturierung der Streitkräfte³; Drogenproduktion, -verteilung und -konsum; Konsolidierung einer toleranten Kultur und Anerkennung besonderer Rechte der Behinderten, Schwulen und Lesben; Lösungen für Probleme der öffentlichen Gesundheit, die sozial, ethisch und politisch stark befrachtet sind, wie im Fall von Aids. Von der Aufstellung und Ausarbeitung alternativer Pläne und Programme ist an dieser Stelle ganz zu schweigen. Mit dem Vorherigen will ich nur einige Beispiele nennen, die ich für höchst wichtig halte. Das schließt in keinsten Weise aus, dass Mitglieder der mexikanischen Linksparteien während der Konflikte und Mobilisierungen agieren oder an den Sitzungen des Kongresses (Abgeordnetenversammlung und Senat) teilnehmen. Aber sie tun dies ohne eine von der Partei definierte Programmstruktur bzw. manchmal in offenem Widerspruch zu Geist und Buchstaben dieser Programme.⁴

2.- Innere Spaltung, die die Linke weniger durch ihre Diversität bereichert, sondern aufgrund ihres funktionsstörenden Gehaltes zermürbt. Gegenwärtig ist es schwierig, auch nur eine Mindestbestandsaufnahme der gesellschaftlichen Kräfte der nationalen Linken vor zu legen. Die alten (und oft schädigen) Konflikte und "Säuberungen" im Innern linker Organisationen des Landes, die Kooptierung einiger ihrer Fraktionen und Individuen durch die wirtschaftlichen und ökonomischen Machtgruppen, der Verrat am dem 20. Jahrhundert entsprungene linken und libertären Gedankengut, das Auftauchen neuer politischer und sozialer Forderungen sowie der daraus folgenden, eigentümlichen Kampfformen, die politische Regierungsübernahme in Bundesstaaten, Kommunen und Parlamenten durch Teile der institutionellen Linken sowie die Neudefinition des Weltordnungssystems selbst, sind einige der Elemente, die aus der Linken ein umfassendes, vielförmiges Wesen gemacht haben, das manchmal Richtungen einschlägt und Maßnahmen ergreift, die den Zielen gesellschaftlicher Transformation entgegen gesetzt sind.

In Mexiko existiert kein breites Bündnis, welches das politische und soziale Leben der zahlreichen Gruppen und Organisationen der Linken organisiert. Es ist gewagt, dies einzugestehen, aber es sind nur ganz bestimmte Umstände gewesen, die diesem so mannigfaltigen politischen Konglomerat eine elementare politische Kohärenz zu geben vermochten. Dabei handelte es sich eher um Reaktionen oder Widerstände im Kontext von Regierungsaktionen als um programmatische oder strategische Ziele. Die Zwistigkeiten zwischen PRD und EZLN, ganz zu schweigen von den offenen und deutlichen Abgrenzungen zwischen der Partei und einer langen Liste sozialer Organisationen sowie den für den bewaffneten und klandestinen Weg optierenden Gruppen, zeigen uns sehr gut, wie weit die Bildung eines umfassenden politischen und sozialen Bündnisses entfernt ist, das der neoliberalen Hegemonie Einhalt gebieten könnte. Dies könnte sich spürbar mit den Ergebnissen der Sechsten Erklärung des Lakandonen-Urwaldes ändern, die die Aufnahme einer nationalen und internationalen politischen Arbeit der EZLN ankündigt - von der Basis aus und mit der Basis.

3.- Die Regierungsübernahme durch einige Gruppen der Linksparteien führt zum Vorrang von Wahlzielen vor gesellschaftlicher und demokratischer Politik. Die Korruption in der PRD.

Nachdem einige Gruppen der Linksparteien Mandate bei allgemeinen Wahlen gewannen, neigten sie sich einer Politik zu, die das Wahlelement mit seinen medienwirksamen, populistischen und oberflächlichen Nuancen privilegierte und die historischen Ziele der nationalen Linken auf dem Abstellgleis zurück ließ. Die Sorge um das öffentliche Image derjenigen, die öffentliche Ämter erreichten, ist zum Parameter für einen wesentlichen Teil der Regierungspolitik geworden. Und nicht nur dies: Aus reinen wahltaktischen Überlegungen haben die linken Parteien in rechten Gruppen und Parteien die Figuren gesucht, mit denen Siege in den jeweiligen umkämpften Wahlgebieten möglich wurden. Der Fall der PRD ist sehr anschaulich: Drei ihrer gegenwärtigen Gouverneure liefen zur ihr über, nachdem sie im Verlauf der Wahlprozesse, die sie [für die PRD; d. Ü.] gewannen, mit der PRI [die sie nicht aufstellte; d. Ü.] brachen. Die Mehrheit der Personen, die den Hauptstadt-Bürgermeister Andrés Manuel López Obrador während des abgewendeten

Amtsenthaltungsverfahrens umgeben, kommt von der PRI. Es geht hier nicht darum, puristisch zu sein, sondern das Verhalten einer Linken zu hinterfragen, die "stimmenbedürftig" ihre Türen völlig umstandslos öffnet - ohne Programm und immer an der Grenze zu fehlender Ethik und Skrupellosigkeit. Die um den Fall Carlos Ahumada aufgetretenen Skandale, obgleich von der Rechten und der Regierung dazu genutzt, die institutionelle Linke zu treffen (vor allem in 2004)⁵, belegten das Ausmaß von Korruptionswucher, Pragmatismus und Opportunismus, an denen die PRD erkrankt ist⁶ und die Einfachheit, mit der die Macht ihr Schläge versetzen kann. Sie zeigten auch die geringe politische und ideologische Kapazität, selbstkritisch auf die durch die "Operation Video" (es werden PRD-Führungspolitiker gezeigt, wie sie Geld von Ahumada entgegen nehmen) geschaffene Krise zu antworten.

Zu den Vorgängen in der PRD, die der größten selbstkritischen Anstrengung bedürfen - von der bisher offenbar nichts zu sehen ist - gehört die Rolle der internen Strömungen und Quoten. Die Quoten sind die Daseinsberechtigung für Fraktionen und Lobbygruppen der PRD. Sie wurden nie zu Strömungen, weil die programmatische und eigentliche politische Debatte in den Reihen der Partei vorzeitig zugunsten der Einvernahme der Parteimitglieder durch die eine oder andere Gruppierung eingestellt wurde, um Machtspielräume bei der Verteilung von Führungsstellen auf allen Ebenen und bei den verschiedenen lokalen oder nationalen Wahlmandaten zu erlangen.

So wird die Quote zum Teil der institutionellen Struktur selbst. Die Quote wird nach Listenlogik bewilligt oder auch nach Gender- und Alterskriterien. Es wurden sogar ethnische Kriterien vorgeschlagen, allerdings in der Praxis und den Statuten aufgegeben. In den letztgenannten Fällen sollte die positive Diskriminierung ursprünglich ein Korrektiv für Machotum, Gerontokratie und vorherrschenden oder unterschweligen Rassismus sein. Nach und nach verloren die Absicht und die ihr unterliegende Argumentation jedoch ihren Sinn und transformierten zu einer hohlen Formel als Mittel für mehr Machtgewinn dieser oder jener Fraktion.

Es spricht für sich, dass auf dem jüngsten Kongress (2004) und im Kontext der schwersten von dieser Partei seit ihrer Gründung erlebten Krise - aufgrund der bekannten und entsprechend von der Rechten ausgebeuteten Korruptionsskandale - junge Leute und die Frauen als Hauptforderung die "Quotenerhöhung" vorbrachten; statt oder neben Positionen und Aktionsplänen zu den Frauenmorden in Juárez, der bedauernswerten Lage der Jugendlichen unter den gegenwärtigen Bedingungen im Land, der verstärkten Aufstandsbekämpfung in Chiapas, dem Verzicht der amtierenden Regierung auf die Hoheit über die Coronado-Inseln, um nur einige Themen zu erwähnen, die die Beunruhigung aller Kongressteilnehmer hätten hervor rufen müssen.

Dabei war es nicht so wichtig, dass besagte Mitglieder mit ihren Forderungen und Vorschlägen eine bestimmte Sache vorwärts bringen wollten, oder dass Kriterien wie Eignung, Lebenslauf, Einsatz und persönliche Aufrichtigkeit, Wissen zu bestimmten Themen oder Regierungserfahrung berücksichtigt wurden. Vielmehr verstärkten sowohl die jungen Leute als auch die Frauen die Präsenz der verschiedenen Gruppen, die sich nach und nach, so wie es Cuauhtémoc Cárdenas behauptete, der PRD bemächtigten.

Die Quoten beeinflussten Dynamik, Funktionsweise und Qualität der Parlamentarier, PRD-Regierungen und Führungsorgane der Partei entscheidend: Parteirat, Parteivorstand und der Kongress selbst als höchstes Leitungsorgan der Partei sind in weiten Teilen nicht aus denen zusammen gesetzt, die die besten oder geeignetsten Qualitäten oder das Wissen für Regierungs-, Führungs- oder Repräsentationsaufgaben besaßen. In der Praxis wandelten sie sich in eine zu verteilende Beute.

Im Fall der Kommunalregierungen erwarteten die Parteimitglieder diese Art Verteilung bereits als etwas Natürliches oder Normales. Fehlendes Wissen über Rechtsangelegenheiten, urbane Dienstleistungen, soziale Entwicklung, usw. war unwichtig. Die reine Zugehörigkeit zu einer der Parteifraktionen galt als ausreichend, Verantwortung in der Regierung zu übernehmen. Als

Konsequenz durchliefen viele neue Parteimitglieder keine Probezeit, in der die wirklichen Beitrittsgründe des Anwärters, seine Kenntnis der Dokumente, Programmatik und Prinzipien der Partei geprüft wurden. Der Beitritt war ein Weg für den sozialen Aufstieg und bot Zugang zu einer Arbeitsbörse.

Der einzelne Parteiaktivist außerhalb der mächtigen Gruppen hatte keine Möglichkeiten, ein Amt zu besetzen. Es sei denn, er verfügte über ein so hohes Prestige, dass er damit über dem Streit der Fraktionen stand oder er spielte eine Rolle als Gleichgewicht schaffendes Element oder Schiedsrichter in den Gruppenkämpfen.

Da es sich um einen Machtkampf im Innern der Partei handelt, wurden die internen Kampagnen zu wahren Schlammschlachten. Während in den alten Organisationen der Linken einige Zeit dafür verwendet wurde, die Umstände, die das Land durch machte, zu diskutieren ohne auf sie einzuwirken, ist das rekursive und fast einzige Thema in der gegenwärtigen PRD: Wer wird welchen Wahl- oder Parteiposten besetzen? In dem am 6. Juli 2005 veröffentlichten Dokument, in dem Cuauhtemoc Cárdenas es ablehnt, am internen Prozess für die Wahl des PRD-Präsidentschaftskandidaten teil zu nehmen, führt er an, dass "nie die Räume geöffnet wurden, damit diese Diskussion (er bezieht sich auf die großen nationalen Probleme) tiefschürfend angegangen werden könnte. Unter den heutigen Bedingungen des Landes und unter anderem die gelebte Erfahrung der aktuellen Regierung vor Augen, wird es immer offensichtlicher, dass genauso oder noch wichtiger als die Festlegung, wer für ein öffentliches Wahlamt kandidiert, das Programm sowie die Verpflichtung sind, die Parteien und Kandidaten mit den Bürgern eingehen. Aber es wird deutlich, dass die fehlende, für die Partei (er meint die PRD) keine Priorität darstellende Debatte auch widerspiegelt, dass der Stärkung ihrer Organisation, einer größeren Präsenz in Gebieten mit mageren Wahlergebnissen, dem Wachstum durch neue Mitglieder, der internen Kommunikation, der Bekämpfung von Abwegen und der Vermeidung ideologisch widersprüchlicher Wahlbündnisse keine Beachtung mehr geschenkt wird. Diese Fragen müssen jedoch berücksichtigt werden, wenn wirklich diese politische Mehrheit gebildet werden soll, die in der Theorie zu den Prioritäten jeder Partei gehört."⁷

Ein Fall für sich ist die Kennzeichnung der Regierung von Andrés Manuel López Obrador im Verlauf dieser fünf Jahre als Bürgermeister des Bundesdistriktes. Aus der Kritik, die der aufständische Subcomandante Marcos an López Obrador übt, ragt die wahltaktische Ausnutzung der außerordentlichen Mobilisierung gegen seine Amtsenthebung, die 1,3 Millionen Menschen auf die Straßen von Mexiko-Stadt brachte, hervor: "Der, der den Sieg der Bevölkerung beim Marsch vom 24. April umdrehte (und entwertete) und ihn in einen persönlichen Erfolg seines Anlaufs auf das Präsidentenamt umwandelte", versichert Marcos. "Der, der die Regierung als parteiisch anklagte und danach gegenseitigen Pardon mit ihr austauschte. Der Ankläger von "Verschwörungen", der danach diejenigen als "Staatsmänner" lobt, die er zuvor beschuldigte, sie anzustiften."⁸ Die Hauptkritik müsste jedoch darauf fußen, dass es während seiner Regierung nicht eine einzige politische Initiative gab, Volksmacht oder wenigstens Bürgermacht aufzubauen. Darauf, dass er die Regierungsausübung in der Stadt nicht mit den 16 Bezirksbürgermeistern teilte, wie er von der Bevölkerung gewählt; darauf, dass er dem privaten Transport Vorrang vor dem öffentlichen gab; die Kritik müsste auf Obradors Bündnis mit ökonomischen Machtgruppen wie der von Carlos Slim angeführten abzielen. Trotzdem sind seine Unterstützung für anfällige Gruppen (Alte, allein erziehende Mütter, Behinderte, Jugendliche), durchgeführte öffentliche Bauten, die Gründung der Autonomen Universität von Mexiko-Stadt und die 16 neuen Oberstufenschulen sowie unter anderem die Gesundheitsprogramme Faktoren, die seine Popularität und den breiten Beistand gegen seine Amtsenthebung erklärt. Augenscheinlich ist es eine Regierung gewesen, die aus dem Sumpf, den die Bundesregierung bedeutet, hervor ragt. Sie stellt aber kein Projekt da, das als links betrachtet werden kann.

4.- Fehlende Bande zu den Kräften der internationalen Linken. Von der EZLN abgesehen, hat keine andere Organisation der nationalen Linken die Fähigkeit gehabt, organische und solidarische

Verbindungen mit Kräften der internationalen Linken zu etablieren. Es gibt kein solides und engagiertes Programm, das Parteiorganisationen mit internationalen Gegenübern haben. Es existieren einige situationsbedingte Abkommen und gelegentliche Treffen von Mitgliedern der zahlreichen Organisationen mit der internationalen Linken, wie beispielsweise die Treffen von Porto Alegre. Aber von dort bis zu einer internationalistischen Plattform der in der PRD versammelten mexikanischen Linken zu kommen, ist es ein weiter und kaum zu bewältigender Weg.

5. Bemerkenswerter theoretischer Eklektizismus, der das programmatische Handeln der Linken erschwert. Während eines guten Teils des 20. Jahrhunderts konsolidierte sich der Marxismus als Theorie der internationalen Linken. Die zeitgenössischen Kämpfe verdanken dem Marxismus viele Ideen und ideologische Leitlinien, die sie mit Leben erfüllten. Doch der Zusammenbruch des sozialistischen Blocks in Europa und der folgende propagandistische Ansehensverlust, der dem Marxismus verabreicht wurden, begünstigten die Tendenz, seine methodischen Problemstellungen und seine Grunderkenntnisse über Bord zu werfen, obwohl sie trotz allem Gültigkeit und Nutzen in der gegenwärtigen Welt besitzen.

Die Regierung von Tlapan und der Partizipative Haushalt

In diesem Kontext von Beschränkungen, Fehlern, Unterlassungen und offenen Rückschritten der PRD und im Kontext einer auf eine Person ausgerichteten Stadtregierung, die sich nicht für Projekte mit wirklicher Bürgerbeteiligung interessierte, gehe ich zu der Analyse der dreijährigen Erfahrung (2000 – 2003) in Tlapan über, wo ich an der Spitze der Regierung stand.⁹ Tlapan ist einer der 16 Bezirke, die Mexiko-Stadt bilden. Von Beginn meiner Regierungszeit an (Oktober 2000) sollte es Hauptziel sein, das Regierungshandeln zu demokratisieren. Dafür war es fundamental, dass die Menschen, die Bürger, Entscheidungsbefugnisse und die Überwachung der Regierungsmaßnahmen in ihre Hände nahmen. Die gemeinsame Verantwortung Regierung-Bürgerschaft, eine transparente Verwaltungstätigkeit, die Schulung der Bürger und die Rechnungslegung wurden als unerlässlich angesehen.

Dies alles entwickelte sich in einem widrigen Umfeld, das die 70-jährige, einer Staatspartei angemessene, willkürliche Regierungsausübung hinterließ. Die Amtsträger fühlten sich dem Dienst am Bürger wenig oder überhaupt nicht verpflichtet und waren mehr daran interessiert, sich schnell zu bereichern, den Schein für den Aufstieg in der institutionellen Pyramide zu wahren, Konflikte zu verwalten und ihren eigenen Standpunkt durchzusetzen. Die gesellschaftlichen Gruppen waren daran gewöhnt, durch Druck und Abkommen "unter dem Tisch" (die sich für die Kooptierung der Führungen und die nachfolgende Passivität der Mehrheiten eigneten) Zugeständnisse zu erzielen, die ihre Klientel und damit ihre Stärke erhöhten. Als Gegenstück dazu gibt es eine Bürgerschaft ohne Partizipation und wirklichen Einfluss, die apathisch wird, der Regierung misstraut und den Paternalismus gewohnt ist.

Unter diesen Bedingungen wurde das Programm "Auf dem Weg zu einem Partizipativen Haushalt" (PP) als ideales Instrument formuliert, diese Trägheit nach und nach zu durchbrechen und eine linke Regierung zu etablieren, deren wichtigste Absicht es sein sollte, "Volksmacht" oder zumindest eine größere Bürgerbeteiligung aufzubauen.

Erfolge - Tragweite

Mehr und bessere Bürgerbeteiligung. - Die Bürgerbeteiligung erhöhte sich substantiell in Zahl und Qualität. Die Bewohner Tlapan überwachten die aus dem PP resultierenden Verpflichtungen, arbeiteten Vorschläge aus oder stimmten einfach über die prioritären Maßnahmen in ihrer Siedlung ab.

Es ist versucht worden, diese Übung nur anhand der Stimmenzahl zu qualifizieren. Aber selbst nur mit diesem Parameter kann sich das Beteiligungsergebnis sehen lassen: Nie zuvor mischten sich so viele Menschen in die Regierungsentscheidungen in Tlapan ein. Die Stimmenbeteiligung entspricht Städten wie Porto Alegre, Sao Paulo oder Montevideo, Orte, an denen der PP seinen Ursprung hat und immer noch erfolgreich angewendet wird. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass keine Partizipationsform der vergangenen drei Jahre dieses Niveau erreicht hat, seien es Volksabstimmungen, Befragungen, interne Parteiabstimmungen, usw. Tatsächlich erreichte nur die in den letzten Wahlen siegreiche Partei eine durchschnittliche Stimmenzahl, die dem PP vergleichbar ist (122 Stimmen pro Wahltisch).

Erfolgreiches Vorgehen gegen Klientelwirtschaft.- Höhe und Qualität der Beteiligung schafften es, dass traditionelle System der Klientelwirtschaft zu zermürben. Der Bürger hat keine vermittelnden Anführer mehr nötig. Er merkt, dass seine Vorschläge auf einfache Weise der Regierung zukommen können, er sie stützen und verteidigen kann und eine hohe Wahrscheinlichkeit existiert, dass sie umgesetzt werden.

Der historische Verzug wird geringer.- Die Verpflichtung, auf diese Weise auf die Bürgerforderungen ein zu gehen, zwang die Regierung, die Zahl der traditionell durchgeführten Maßnahmen zu vervielfachen. Es wurden tief empfundene historische Rückstände oder Forderungen angegangen, die die herkömmliche Regierungssicht als "unbedeutend" ansah und sie größeren und öffentlichkeitswirksameren Vorhaben opferte, welche nicht unbedingt den Alltagsbedürfnissen der Bürger entsprachen.

Außer der Prioritätenfestlegung pro territorialer Einheit wurde das Gerechtigkeitsprinzip angewandt. So war die Pro-Kopf-Investition in den marginalisierten Zonen höher (1 041 mex. Pesos) und nahm gemäß dem entsprechenden Index ab, um bei 444 mex. Pesos in den wohlhabenderen Siedlungen an zu gelangen. Dasselbe geschieht, wenn die territoriale Einheit als solche betrachtet wird.

Anstoß zur Mitverantwortung.- Die durch diesen Prozess geäußerte Nachfrage ergab sich allerdings nicht aufgrund des herkömmlichen "Briefes ans Christkind". Die Bürger mussten Straßen vermessen, die Bodenstruktur auswerten, die technische und juristische Machbarkeit kennen lernen. Im Anschluss gab es die Möglichkeit, informiert das Vorgehen der Bauunternehmen zu überwachen und entsprechende Anmerkungen in die richtigen Kanäle zu leiten. Dies ermöglichte, dass die folgende Eingabe der Anwohner realistischer war, das heißt, die Bürger wandelten sich zu Mitverantwortlichen des öffentlichen Handelns.

Die Nachfrage rationalisierte sich.- Die Regierung gewann ebenfalls bei dieser Entwicklung. Der Bürger konnte zwar jetzt leichter Eingaben machen, doch führte der allmähliche Prozess der Sensibilisierung und Mitverantwortung nicht zu einer höheren, sondern zu einer realistischeren Nachfrage. Die Eingaben der Anwohner reduzierten sich um 75 Prozent, während die Beteiligung sich fast verdoppelte. Beachten wir, dass die Bezirksregierung durchschnittlich auf 500 Eingaben eingehen kann, so ergab sich, dass sie anfangs nur jede sechzehnte Petition berücksichtigen konnte. Mit Hilfe des PP schaffte sie es, auf jede vierte Eingabe zu antworten. Die Regierung erreichte damit mehr legitimen Handlungsspielraum, sie wurde effizienter bei der Berücksichtigung der dringenden Anliegen der Bürgerschaft.

Sensibilisierung und Bürgerschulung.- Sensibilisierung und Bürgerschulung auf verschiedenen Ebenen sind für sich genommen ein ganz wichtiger Erfolg. Den Bürgern gelang dies, indem sie sich in die Anträge und Nachfrageprozesse einarbeiteten und überprüften, ob einige davon entsprechend den Beschränkungen der Regierung (Regelwerk, Machbarkeit, Mittel) berücksichtigt

wurden oder nicht. Es gelang ihnen, indem sie direkt an Verwaltungsorganisation und -aufgaben teilnahmen. Was letzteres angeht, so war es sehr befriedigend zu sehen, wie die Anwohner die Wahltsche betreuten, zur Stimmabgabe aufriefen und die Machbarkeit der Vorschläge gemäß den erwähnten Beschränkungen diskutieren.

Fortschritte gab es ebenso durch die Bürgerteilnahme an den Kursen für die fachliche und normative Schulung. Sie fanden direkt Anwendung, indem Bauvorhaben begleitet wurden. Das Verhältnis zur Regierung änderte sich radikal, indem Ausgabenposten, Konzepte und Maßnahmenprogramme diskutiert und Haushaltszuweisungen beeinflusst wurden. Die Bürger lernten, den Gesetzesrahmen zu benutzen, Kritik zu kanalisieren und die Regierungsdefizite auf zu zeigen. Dies ging so weit, dass sie den Bezirk zwangen, in 2002 Dutzende von Bauvorhaben zu korrigieren.

Bürgerkontrolleure.- Bei diesen zuletzt erwähnten Erfolgen ist das sogenannte "Monitoring-Team" hervor zu heben, eine Bürgergruppe, die gebildet wurde, um die eingegangenen Verpflichtungen des PP zu überprüfen. Aufgrund der hohen Qualifizierung und des Einsatzes der Mitglieder repräsentierte die Gruppe einen äußerst wertvollen Fundus für das Programm der Hauptstadt-Regierung mit dem Namen "Bürgerkontrolleure". Von diesen stellte Tlapan nicht nur die zahlenstärkste Gruppe, von den 17 ernannten Kontrolleuren stammen 16 aus dem "Monitoring-Team".

Transparenz.- Ein klarer Erfolg sowohl für Bürgerschaft als auch Regierung besteht darin, dass transparente Verwaltung nicht nur möglich, sondern für beide Seiten wünschbar ist. Die Veröffentlichung von Leitfäden, Broschüren, Informationsblättern, Berichten, Abstimmungsergebnissen, usw. erlaubt es den Bürgern, Einsatz, Kongruenz und wirklichen Fortschritt der Regierungsmaßnahmen zu bewerten. Es werden ihnen Elemente geliefert, mit denen diese Aktionen korrigiert werden können. Der Regierung gibt diese Vorgehensart nicht nur regelmäßige und systematische Legitimität, sondern auch die Gelegenheit, ihre Beschränkungen und Spielräume zu vermitteln, indem sie die klaren und allgemeinen Regeln aufzeigt, die sie für ihre Bürger anwendet.

Effizienter Verwaltungsprozess.- Anders als die Amtsträger zu denken neigen, vereinfachte die Bürgerintervention den Verwaltungsprozess.

Dynamische Stadtdiagnose.- Das Ergebnis der jährlichen Prioritätenabstimmung allein wandelte sich zu einer Diagnose der urbanen Bedürfnisse. Obwohl auf die Mehrheit der Vorschläge nicht sofort eingegangen werden kann, erlauben ihre Zusammenstellung und ihr Studium der Regierung mittel- und langfristige Planungen mit Maßnahmen größeren Umfangs, die aber priorisiert und legitimiert sind. Ein klares Beispiel dafür ist die Forderung nach einer Dränage in der Siedlung Pedregales de San Nicolás. Sie zwang den Bezirk, einen großen Sammelkanal zu bauen, den die Zentralregierung vorgesehen, aber nicht in ihre unmittelbaren Planungen aufgenommen hatte. Dieser Sammler wird in den kommenden Jahren für das nach und nach aufgebaute Sekundärnetz zur Verfügung stehen.

Veränderung der Bezirksprogramme.- Die dynamische Diagnose erlaubt ebenfalls, die Regierungsprogramme den wirklichen Bürgerbedürfnissen besser anzupassen. Andernfalls würden diese Modifizierungen in den weit entfernten Büros der Bürokratie viel Arbeit kosten.

Bürgerprogramm mit niedrigen Kosten.- Die Regierung gab für die Aktivitäten der Bürgerbeteiligung wenig Geld aus, wenn wir es mit dem Volumen vergleichen, das in Erfüllung des Anwohnermandats in die Maßnahmen investiert wurde, aber vor allem, gemessen an den zuvor beschriebenen Erfolgen und Vorteilen. Druck, Verbreitung, Antragsformalitäten, logistische Unterstützung usw. machten gerade einmal 0,7 Prozent der für die ausgewählten Bauarbeiten aufgewandten Mittel aus.

Probleme

Veraltete Gesetzgebung.- Die herrschende Gesetzgebung ist einer der Faktoren, die die Berücksichtigung der Bürger einschränken. Da die Bezirke des Bundesdistriktes keine ausreichende Autonomie besitzen, ist der Verwaltungsspielraum, auf die sich ändernden Bürgerprioritäten einzugehen, stark eingegrenzt. Haushaltsgrenzen, Mittelzuweisungen, von der Zentralregierung definierte Programmprioritäten und zweckgebundene Gelder wurden so zu Zwangsjacken, die die Beweglichkeit des Bezirkes bremsen, den Bürgern Tlapan gerecht zu werden.

Bürokratie mit geringer Sensibilität gegenüber den Bürgern.- Im Allgemeinen besitzt die Bürokratie eine wenig bürgernahe Ausbildung. Dieser Zustand verschärft sich beim technischen, juristischen und verwaltungstechnischen Stammpersonal, das die Erfahrung der Bürger gering schätzt und sein Universitätswissen überbewertet. Es zeigt wenig Bereitschaft, Fähigkeit und Toleranz, sein Wissen zu vermitteln und Überzeugungsarbeit zu leisten. Insgesamt führt dies zu der Neigung, Lösungen aufzuzwingen sowie Kritik und alternative Vorschläge nur unter Druck zu akzeptieren.

Das Vermächtnis der PRI.- In der Mehrheit der Fälle hat die Bürokratie nicht von der siebzigjährigen Trägheit Abstand genommen, die PRI-Herrschaft und Staatspartei bedeuteten. Die hohen Amtsträger verstehen sich mehr auf das kontrollierende Regieren, demokratische Regierbarkeit erschreckt sie. Für sie ist es einfacher, mit einigen lärmenden Anführern zu vereinbaren, einen Teil des Haushaltes abzutreten, als sich mit einer Menge geschulter sozialer Akteure herum zu schlagen, die Verpflichtungen und Maßnahmen des gesamten Haushaltes überprüfen.

So kommt es weiter zu klassischen Taktiken, Lösungen zu versprechen, die die Anwohner demobilisieren und ermüden. Ebenso werden kleine Maßnahmen durchgeführt, die Proteste mildern. Es wird Bauarbeiten in Zonen Vorzug gegeben, die mit den Amtsträgern verbündete Interessengruppen stärken und Information wird nicht oder nur tendenziös verbreitet. All dies erschwert unter dem Deckmantel einer legalistischen Argumentation den Einfluss der Bürger.

Schlechte Bauqualität.- Die Kombination dieser Faktoren hatte zum Ergebnis, dass die politische Idee der "Bürgermacht" von der Gesamtheit der Bezirksverwaltung unterschiedlich angenommen wurde. Das Regierungsvorgehen war daher zeitweise widersprüchlich und inkonsequent. Kurz gefasst: Die Mitverantwortung versagte manchmal, doch mehrheitlich geschah dies auf Regierungsseite. Was den PP angeht, so waren die Hauptprobleme folgende: keine 100-prozentige Berücksichtigung der Bürgerpriorität; fehlende Kapazität, die Fachschulung der Bürger permanent aufrecht zu erhalten; die Bürgerüberprüfung völlig konsequent zuzulassen und vor allem die dürftige durchschnittliche Qualität der ausgeführten Maßnahmen.

Fehlende politische Diskussion.- Bezüglich der politischen und organisatorischen Diskussion über das Vorgehen brachten die direkt beteiligten Akteure Verbesserungsvorschläge ein: das Monitoring-Team, der Mittelbau der sozialen Organisationen, Nicht-Regierungsorganisationen, Forscher, usw.

Leider akzeptierten die traditionellen politischen Akteure zu keinem Zeitpunkt eine offene und niveaувolle Diskussion. Sie zielten lieber auf Zermürbung durch Tatsachenverdrehung und Lüge. Dabei nutzten sie die nationale Sensationspresse, Schmähschriften und verbreiteten Gerüchte. Der erste Fall gelangte nicht über die Lokalpresse hinaus, da der PP auf städtischer, nationaler und sogar internationaler Ebene zunehmend Ansehen gewann. Die Reaktionen des Bezirks brachten die Attacke rasch zum Erliegen. Unter dem Strich verausgabte sich die linke Bezirksregierung und die

Berufspolitiker verpassten die Gelegenheit, das zu fördern, was sie öffentlich verfechten: "das Wohl der Gemeinschaft".

Mehr und bessere Bürgerbeteiligung notwendig.- Um bei dieser Art Erfahrungen vorwärts zu kommen, ist die während dieser Periode erreichte Bürgerbeteiligung ein Element der selbstkritischen Bewertung. Aus quantitativer Sicht wurde bereits dargestellt, dass der PP konkurrenzlos da steht. Dennoch müssen zweifellos immer mehr Personen in eine Übung dieser Art einbezogen werden.

Dies wird nicht die gesamte Bevölkerung sein, das geschieht nur in Momenten politischen oder sozialen Notstandes. Aber es muss daran gearbeitet werden, dass nach und nach, schrittweise, immer mehr Menschen sich in das öffentliche Geschehen integrieren. Dafür bestehen mindestens zwei Grundbedingungen: Die Regierung muss ihre Verpflichtungen einhalten und die Bürger müssen die Entscheidungen über die öffentliche Tätigkeit nicht nur bei den Wahlen, sondern bei der tagtäglichen Arbeit in die Hände nehmen.

Dies führt zum zweiten Element, dem wichtigsten: dem qualitativen. Damit die Menschen entscheiden können, ist ihr Wissen wesentlich. Die Bürgerschulung ist daher eine unabdingbare Voraussetzung.

Die linke demokratische Regierung auf jeder Ebene muss ihrerseits verstehen, dass die Förderung der Bürgerbeteiligung ihre Verpflichtung und kein Zugeständnis ist. Sie muss den politischen Willen besitzen, dieser Beteiligung Wege zu öffnen. Sie muss neue Formen der Bürgerorganisation unterstützen und anstoßen, aber gleichzeitig der Versuchung abschwören, sie auf Linie zu bringen und unter zu ordnen. Die Amtsträger dürfen sich nicht vor dem "Bürger Frankenstein" fürchten, diesem angeblich ignoranten und nicht kontrollierbaren Subjekt.

Zufrieden stellen und Bedürfnisse abdecken ist für sich nicht ausreichend. Die Regierungsmaßnahmen müssen unbedingt von einer gut definierten Strategie begleitet werden, die Mitverantwortung und Schulung fördert, die transparent und kongruent ist und die bereit ist, die Entscheidung der Bewohner zu akzeptieren. Eine Strategie, die Bürgerschaft aufbauen hilft und deren "empowerment" dient.

Schlussbemerkung

Unsere Erfahrung wurde unter der amtierenden Bezirksregierung (2003-2006) nicht weiter geführt, obwohl mit der PRD dieselbe Partei die Wahlen in Tlapan gewann. Trotz seiner Bedeutung und Effizienz, trotz nationaler und internationaler Anerkennung, trotz der Bürgerunterstützung für den PP, entschied die neue Regierung, das Programm nicht in ihre Amtsführung zu integrieren. Sie belegte damit einmal mehr die programmatische Inkongruenz der PRD mit der linken Tradition. Dieses traumatische Ende einer erfolgreichen Erfahrung kann nicht durch zufällige, persönliche Gründe oder umständehalber erklärt werden. Die Analyse muss uns zur systemischen Rolle führen, die die PRD in der Reproduktion der Demokratie innerhalb der Grenzen des Kapitalismus spielt und zur Notwendigkeit, die reale Praxis derjenigen Parteien von Grund auf zu hinterfragen, die wie die PRD den Sozialismus aus dem Visier verlieren und einen Weg einschlagen, der nicht im "empowerment" des Volkes, sondern im Hochmut einer Bürokratie besteht, die sich der Parteistrukturen bemächtigt und die Wurzeln der Sache des Volkes und der marxistischen Tradition kappt.

Erfahrungen dieser Art lassen uns erwägen, dass das sozialistische Modell nach sowjetischer Art zwar scheiterte, der Sozialismus als Zukunft der Menschheit jedoch seinen Wert nicht verloren hat. Er bleibt gültig, doch hängt es von den Linken ab, Theorie und Praxis des Sozialismus unter den neuen historischen Bedingungen neu zu definieren. In dem Bewusstsein, dass neben der negativen Erfahrung eine positive besteht, die früher oder später zum Vorschein kommen wird. Zwei

Elemente, die als Alternative zum neoliberalen Kapitalismus die Linke strukturieren und antreiben müssen, sind der Egalitarismus und die Gerechtigkeit, ohne die Diversität im Klasseninnern und der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu verkennen. Für die Gerechtigkeit zu kämpfen, setzt voraus, sich der falschen Homogenisierung zu widersetzen, die der kapitalistische Nationalstaat erreicht hat. Er formte Identitäten, die seinen Herrschaftsbedürfnissen untergeordnet sind.

Heute sieht sich die Linke einem ganzen Bündel ethischer Ansprüche gegenüber. Sie kann keine höhere Zivilisationsstufe wie die sozialistische erreichen, ohne das System der herrschenden demokratischen Freiheiten bis zum Äußersten zu entwickeln. Darum muss für den Rechtsstaat gekämpft werden.

Dieser Kampf darf nicht nur auf die Selbstkritik und die Kritik der eigenen Genossen zentriert sein. Es geht darum, von allen möglichen Tribünen aus die strukturelle Korruption von Teilen der herrschenden mexikanischen Klassen anzuklagen, die das Recht systematisch verletzen, indem sie eine private Aneignung des Öffentlichen vornahmen.

Die lateinamerikanische Linke hat die Demokratie verteidigt, indem sie der ständigen Beteiligung der Bürgerschaft Räume öffnete. Was wir heute als *partizipative Demokratie* kennen, ist eine Erfahrung, die in Teilen der englischen Arbeitswelt begann und Echo in linken Kommunalregierungen Lateinamerikas fand: der erfolgreiche "partizipative Haushalt" der PT-Regierung von Porto Alegre, die Erfahrung der Regierungen der Frente Amplio in Montevideo. Hier in Mexiko zeigt sich mit den autonomen zapatistischen Gemeinden und den Räten der guten Regierung sowie unserer konkreten Erfahrung im Bezirk Tlalpan mit dem hier vorgestellten Programm "Auf dem Weg zu einem partizipativen Haushalt" (das keine Chance auf Fortsetzung zu haben scheint), dass die Linke bezüglich der demokratischen Entwicklung nicht vorgefertigten Rezepten folgen darf, sondern im Gegenteil höchst kreativ sein muss.

Die Linke muss sich auf eine permanente Suche nach Formen und Räumen für die politische Äußerung der nationalen Mehrheiten begeben. Die Linke selbst, ihre Parteien und Gruppen, müssen sich demokratisch organisieren, das heißt, von unten organisieren, um einen engen Kontakt mit der Gesellschaft zu halten und ein Kanal mehr für die Stimme der Bürger und Gruppen sein. So würde die Linke Glaubwürdigkeit und Vertrauen der Gesellschaft gewinnen und könnte zur Bildung einer neuen politischen Kultur beitragen. Gleichzeitig würde sie den schwerwiegenden Fehler korrigieren, den Führungszirkeln zum Nachteil der Basisorganisationen so viel Gewicht zu geben.

Wenn wir uns die Kämpfe für gesellschaftliche Transformation anschauen, so zeigten sich gewisse Erschöpfungssymptome bei den revolutionären Plänen, die sich auf die Machtübernahme "im Sturm" beschränkten. Wenn uns die verschiedenen revolutionären Erfahrungen etwas hinterlassen haben, dann die Lehre, dass es nicht reicht, sich der staatlichen Institutionen zu bemächtigen, um ernsthafte und tiefgreifende Gesellschaftstransformationen zu generieren. Wir haben gesehen, dass Macht nicht nur einfach übergeben oder jemand aus den Händen gerissen wird, genauso wenig ist sie ein Raum oder eine Qualität, die der Persönlichkeit irgendeines Anführers innewohnend ist. Macht ist auch eine soziale Beziehung, die zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten zirkuliert und nicht immer am selben Richtpunkt verharrt. Diese soziale Macht zirkuliert in der Vorstellungskraft der Gesellschaft, im individuellen und kollektiven Bewusstsein der Bürger, sie horstet in der Geschichte und der Gegengeschichte. Darum nützt es nichts, die politischen Apparate zu erstürmen, wenn dieser "Sturm" nicht von einer kontinuierlichen und permanenten Arbeit mit den Bürgern begleitet wird. Die Macht ist weniger in den Institutionen verwurzelt, sondern zirkuliert weiterhin in der politischen Kultur, im Alltagstreiben der Männer und Frauen, Kinder, Jugendlichen und Alten. Um die Gesellschaft zu transformieren, müssen Parteien und politische Organisationen daher akzeptieren, nicht in erster Linie Bewusstseinsstifter zu sein, sondern Transportmittel, um Unzufriedenheit, Kritik, Träume und Hoffnungen auszudrücken, die sich bereits im kollektiven Bewusstsein eines Volkes rühren.

Die Forderungen nach Demokratie, Menschenrechten und Armutsbekämpfung sind Teil einer Mindesttagesordnung für den Konsens geworden. Sie haben das traditionelle Bündniskonzept flexibilisiert und die Mörtelmasse für das Entstehen umfassender neuer sozialer Bewegungen geschaffen, mit integrierenden und solidarischen Strukturen von der Basis aufwärts, als neue Versuchslabors des sozialen Kampfes. Diese Realität zwingt dazu, die notwendige Beziehung zwischen Führern und Geführten neu zu definieren und traditionelle Konzepte wie "Avantgarde" oder "organischer Intellektueller" zu reformieren.

Ein Merkmal aller Prozesse - der sozialen, ökonomischen, ideologischen und politischen - ist ihre Wandelbarkeit und Vergänglichkeit. Auf allen Feldern der gesellschaftlichen Praxis ist die heutige Zeit durch Suche, Diversifizierung und Experimente geprägt. Daher kann eine neue Strategie gesellschaftlicher Transformation weder ausschließlich noch im Wesentlichen von einem bestimmten ideologischen Rahmen herrühren, sondern muss sich grundlegend von denjenigen verschiedenen Erfahrungen der Völker und Volksschichten leiten lassen, die eine Perspektive von Gesellschaftstransformation und/oder Widerstand beinhalten; und von der Öffnung neuer Aktionsräume, die die Einbeziehung der Bevölkerungsmehrheit beim Treffen von Entscheidungen ermöglichen.

Im gegenwärtigen Kontext steht die Linke vor der fundamentalen Herausforderung, die Demokratie in einem Prozess zu radikalieren, der impliziert, mit den traditionellen Vormundschaftsformen des Staates zu brechen. Dies setzt voraus, den Bürger, die Völker und die entstehenden sozialen Gruppen nicht nur als Träger von Rechten und Pflichten an zu erkennen, sondern vor allem als zentrale Akteure bei der Suche nach erweiterten Rechten bezüglich der politischen Entscheidungen. Es setzt voraus, dem Öffentlichen und damit dem Regierungshandeln einen neuen Sinn zu verleihen.

¹ Doktor der Anthropologie, Forscher in der Abteilung Ethnologie und Sozialanthropologie der Nationalbehörde für Anthropologie und Geschichte (INAH, Instituto Nacional de Antropología e Historia), Abgeordneter des Bundesparlamentes in der 54. und 57. Legislaturperiode, Bezirksbürgermeister der Regierung des Bundesdistriktes im Stadtbezirk Tlapan von 2000 - 2003.

² Siehe: Gilberto López y Rivas. **Autonomías: democracia o contrainsurgencia**. México: Editorial ERA, 2004.

³ Siehe: Gilberto López y Rivas. **Las Fuerzas Armadas a fin de milenio: los militares en la coyuntura actual**, México: Cámara de Diputados, 1999.

⁴ Ein schwerwiegendes Beispiel dafür ist die Abstimmung der PRD-Senatoren für die indigene Gegenreform, die von der EZLN berechtigter Weise als Akt politischen Verrats interpretiert wurde.

⁵ Es soll darauf hingewiesen werden, dass dieses Individuum in den ersten Monaten 2001 öffentlich von unserer Bezirksregierung als ein Neo-Kazike angezeigt wurde. Überraschenderweise ist Ahumada zwei Jahre später das Korruptionsinstrument von einigen PRD-Führern und Amtsträgern der Regierung des Bundesdistriktes.

⁶ Auch die brasilianische PT und die Lula-Regierung sehen sich in schwere Korruptionsfälle verwickelt, die sich zweifellos auf Glaubwürdigkeit und Legitimität der Linken an der Regierung auswirken werden.

⁷ Dokument von Cuauhtémoc Cárdenas, veröffentlicht auf Seite 9 der Tageszeitung **La Jornada**, 6. Juli 2005

⁸ Subcomandante Insurgente Marcos. "La (imposible) ¿Geometría? del Poder en México". **Revista Rebeldía**, Separata, numero 32, junio de 2005

⁹ Der Bezirk Tlapan liegt im Süden von Mexiko-Stadt. Er hat ein Fläche von 33 061 Hektar, das sind 20,7 Prozent des Bundesdistriktes; davon gelten 7 635 Hektar als urbane Zone und 25 426 Hektar als ländliche Zone. Der Bezirk ist in fünf Territorialkoordinationen aufgeteilt, wobei die Zone Fünf die acht Dorfgemeinden Tlapan umfasst: San Pedro Mártir, San Andrés Totoltepec, San Miguel Xicalco, Magdalena Petlascalco, San Miguel Ajusco, Santo Tomas Ajusco, San Miguel Topilejo, Parres el Guarda. Von der Gesamtbevölkerung von 581 781 Einwohnern, sind 1,2 Prozent dem primären Sektor (Landwirtschaft, Viehwirtschaft, Jagd und Fischerei) zugeordnet, 19,7 Prozent dem sekundären Sektor (Minenwesen, Öl- und Gasförderung, Manufaktur, Strom, Wasser und Bauwesen). Der tertiäre Sektor (Handel und Dienstleistungen) repräsentiert 76,3 Prozent, nicht zugeordnet sind 2,8 Prozent. Quelle: **Cuaderno Estadístico Delegacional 2001, Tlapan Distrito Federal**, INEGI 2001. In Tlapan

sind 148 Menschenansiedlungen in Bodenschutzgebieten registriert. Es handelt sich um schätzungsweise 8 622 Familien, mit insgesamt 43 110 Mitgliedern. In Tlalpan befinden sich 30 Prozent des Bodenschutzgebietes des Bundesdistriktes, 82 Prozent der Bezirksfläche sind als Bodenschutzgebiet ausgewiesen. Jeder dort urbanisierte Hektar bedeutet 250 Millionen Liter Wasser weniger, die in den Untergrund einsickern. Die Bodenschutzgebiete des Bundesdistriktes liefern etwa 50 Prozent des in der Stadt insgesamt verbrauchten Wassers.